



NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche

Gemeinderatssitzung

vom 16. Dezember 2020
in der Sporthalle des Bürgerhauses Straßlach

Vorsitz:

1. Bürgermeister Hans Sienerth

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

Florian Brunsch
Ralf Deterding
Dr. Albert Geiger
Sabine Hüttenkofer
Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhold Lang
Frank Ritter
Christina Salzberger
Leonhard Schlickerrieder
Dr. Oliver Seth
Matthias Spindler
Ina Steidle
Niko Stoßberger
Dr. Charlotte von Padberg
Florian Zweckinger

Entschuldigt sind

Peter Schneider
Dr. Helmut Schwarz

Verwaltung

Silvia Glas
Franz Gröbmair
Franz Kurz

Gäste

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung. Er stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit nach Artikel 47 (2) GO fest.

Sitzungsdauer:

19:08 Uhr bis 20:28 Uhr

Tagesordnung öffentliche Sitzung

1. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 25.11.2020
2. Ergänzung der Tagesordnung - Antrag zur Geschäftsordnung der GR-Prof. Dr. Lang, GR-Dr. Schwarz, GR-Stoßberger und GR-Zweckinger
3. Bekanntgabe von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden
4. Bebauungsplan "Talfeld-Nord" - Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB, Billigungs- und Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
5. Straßenbauprogramm 2020 - 2024 - Beratung über die Projekte 2021
6. Erschließungsstraße gemäß Bebauungsplan "Talfeld-Nord": Entwurfsplanung der Erschließung, Ausschreibung und Vergabe der Leistungen nach VOB/A
7. Verkehrssituation Kleindingharting - Antrag vom 06.07.2019 [REDACTED] - erneute Beratung
8. Neuerlass der Satzung über die Benutzung der gemeindlichen Friedhöfe
9. Abschluss eines Darlehensvertrages
10. Bekanntgaben des Vorsitzenden
11. Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern

Vor Sitzungsbeginn bestand für die Bürger die Gelegenheit, Anfragen an die Verwaltung zu richten.

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 25.11.2020

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Das mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung versandte Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 25.11.2020 wird genehmigt.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 0

GR-Hüttenkofer war während der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt im Sitzungssaal nicht anwesend.

2. Ergänzung der Tagesordnung - Antrag zur Geschäftsordnung der GR-Prof. Dr. Lang, GR-Dr. Schwarz, GR-Stoßberger und GR-Zweckinger

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Der Tagesordnung wird um den Punkt „Bildung eines Ferienausschusses Art. 32 Abs. 4 GO für die zweite Januarhälfte 2021 und den Februar 2021“ nicht ergänzt, da der Antrag nicht objektiv dringlich ist und nicht alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend sind (§ 26 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat).

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 11 Stimmen für nein: 4

3. **Bekanntgabe von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden**

Der Vorsitzende gab folgende Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung vom 22.07.2020 bekannt:

- Grundstück Gewerbestraße 5 in Straßlach – Zustimmung zum Rangrücktritt der Auflassungsvormerkung (Wiederkaufsrecht) für die Baufinanzierung

Der Vorsitzende gab folgende Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung vom 21.10.2020 bekannt:

- Kauf des Anwesens Urspringstraße 2 in Straßlach
- Grundstück Gemeindeweg 13 in Großdingharting – Zustimmung zur Löschung der Auflassungsvormerkung (Einheimischenbindung) nach Fristablauf
- Weitervermietung der Wohnung Nr. 4 im Mehrfamilienhaus Großdingharting an eine Mitarbeiterin der Gemeinde zum 01.12.2020
- Anmeldung einer Mitarbeiterin im Rathaus für den Beschäftigtenlehrgang II bei der Bayerischen Verwaltungsschule zum 01.09.2021

Der Vorsitzende gab folgende Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.11.2020 bekannt:

- Zustimmung zur Übertragung einer Wohnung im Einheimischenmodell Beim Schusterbauer 4

4. **Bebauungsplan "Talfeld-Nord" - Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB, Billigungs- und Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB**

Beschluss:

1. Allgemeines

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Die Träger öffentlicher Belange wurden nochmals gehört und von folgenden Beteiligten sind keine Stellungnahmen eingegangen:

- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
- Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern
- Bayerischer Bauernverband
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Bayerischer Waldbesitzerverband e.V.
- Bayernwerk AG
- Bischöfliche Finanzkammer
- Bund Naturschutz in Bayern e.V.
- Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
- Deutscher Gewerbeverband
- Erdgas Südbayern
- Evang. Luth. Dekanat Bad Tölz
- Evangelisch Lutherisches Pfarramt
- Gemeinde Oberhaching
- Gemeinde Schäftlarn
- Infrastrukturgesellschaft Straßlach-Dingharting
- Industrie- und Handelskammer
- Katholisches Pfarramt
- Kreisjugendring München
- Landesamt für Finanzen
- Landesbund für Vogelschutz
- Landesverband des Bayerischen Einzelhandels e.V.
- Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH
- Polizeiinspektion Grünwald
- Regionalverkehr Oberbayern
- Verein Erholungsgebiete

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die oben genannten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Verfahren beteiligt wurden und keine Stellungnahmen abgaben.

Im Rahmen der Anhörung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurden von folgenden Beteiligten keine Einwände vorgetragen:

- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Bayerisches Landesamt für Umwelt
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
- Deutsche Telekom Technik GmbH
- Erzbischöfliches Ordinariat München
- Gemeinde Baierbrunn
- Gemeinde Egling
- Gemeinde Grünwald
- Gemeinde Sauerlach
- Handelsverband Bayern e.V.
- Handwerkskammer für München und Oberbayern
- Isartalverein e.V.
- Regionaler Planungsverband München
- Staatliches Bauamt Freising
- Wasserwirtschaftsamt München

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die oben genannten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Verfahren beteiligt wurden und schriftlich erklärten, dass keine Einwendungen vorgebracht werden.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 15 Stimmen für nein: 0

Beschluss:

2. Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Nachfolgende Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange wurden fristgerecht abgegeben:

2.1 Stellungnahme des Landratsamtes München, Sachgebiet Bauen vom 27.10.2020

Sachverhalt:

1. Für die festgesetzte Grundflächenzahl ist die Rechtsgrundlage zu ändern.
2. Für die Ermittlung der Wandhöhe wird in den Festsetzungen auf die Oberkante des Fertigfußbodens Bezug genommen. Dies ist nicht ausreichend. Das Bestimmtheitsgebot wird nur dann erfüllt, wenn die Bezugspunkte eindeutig festgelegt werden. Die festgesetzte Höhenlage erfüllt diese Anforderungen nicht. Der Gemeinde wird empfohlen, die Höhenlage der Verkehrsfläche anzugeben und für jeden Bauraum eine verbindliche Höhenkote anzugeben. Diese Höhenkote soll als Bezugspunkt für die Ermittlung der Wandhöhe dienen.
3. Die vorgenannte Festsetzung ist nicht ausreichend, um die profilgleiche Errichtung von Doppelhaushälften sicherzustellen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und den Anregungen wird in folgender Weise Rechnung getragen:

zu 1: Die Festsetzung wird folgendermaßen angepasst: „Die maximal zulässige Grundflächenzahl gemäß § 19 Abs. 1 BauNVO beträgt 0,2.“

zu 2: Die Festsetzung zur Höhenlage wird folgendermaßen gefasst:

3.4 Die maximal zulässige traufseitige Wandhöhe der Hauptgebäude in Meter, gemessen von der Oberkante des Fertigfußbodens gemäß Festsetzung A) 5.1 bis zum Schnittpunkt der Wand mit der Dachhaut, beträgt 6,50 m. Doppelhäuser sind zwingend mit einer traufseitigen Wandhöhe von 6,50 m zu errichten.

3.5 Die maximal zulässige traufseitige Wandhöhe der Garagen, gemessen von der Oberkante des Fertigfußbodens gemäß Festsetzung A) 5.1 bis zum Schnittpunkt der Wand mit der Dachhaut, beträgt 3,00 m.

„5.1 Die Höhe der Oberkante des Fertigfußbodens darf maximal 0,25 m über dem gemäß Festsetzung A) 5.2 festgelegten Höhenbezugspunkt liegen. Doppelhäuser sind profilgleich zu errichten. Der jeweilige Höhenbezugspunkt für die bauliche(n) Anlage(n) ist in m ü. NN in Verbindung mit einem Höhenbezugssystem in den Eingabeplänen des Bauantrages darzustellen.

5.2 Der Höhenbezugspunkt wird wie folgt parzellenweise in Metern über Normalnull (m ü. NN) festgesetzt:

Parzelle 1:	650,38 m ü. NN
Parzelle 2 und 3:	650,38 m ü. NN
Parzelle 4 und 5:	650,38 m ü. NN
Parzelle 6:	650,30 m ü. NN
Parzelle 7 und 8:	650,44 m ü. NN

5.3 Für Nebengebäude gilt für die Ermittlung der maximal zulässigen Wandhöhe der gleiche Höhenbezugspunkt wie für das dazugehörige Hauptgebäude.“

Zugleich werden die Höhen in der Straßenachse gemäß der Erschließungsplanung als Hinweise in den Bebauungsplan aufgenommen.

zu 3: Durch parzellenbezogene Festsetzung der Höhenbezugspunkte in Kombination mit den weiteren Festsetzungen ist eine profilgleiche Errichtung von Doppelhäusern sichergestellt.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 15 Stimmen für nein: 0

Beschluss:

2.2 Stellungnahme der Regierung von Oberbayern, Schreiben vom 11.11.2020

Sachverhalt:

Gegenüber der vorherigen Planfassung wurde der Umgriff des Plangebiets verkleinert. Aus landesplanerischer Sicht geben die Planänderungen keinen Anlass vom bisherigen Bewertungsergebnis abzurücken.

Abwägung des Gemeinderats:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Dass die angestrebte Bauleitplanung landesplanerisch als raumverträglich bewertet wird, wird zur Kenntnis genommen.

Zugleich wird der Hinweis zur Kenntnis genommen, dass von der Regierung von Oberbayern mit Blick auf das „Dorfgebiet“ Großdingharting Anknüpfungspunkte für die Errichtung größerer Gebäude gesehen werden, wodurch Ressourcen effizient genutzt (Flächen- und Energieersparnis) und ein breiteres Wohnraumangebot geschaffen werden könnten. Die Gemeinde Straßlach-Dingharting beabsichtigt jedoch im Plangebiet dem Wohnraumbedarf von Familien durch Einzelhäuser und Doppelhäuser Rechnung zu tragen und zugleich die Baustruktur der angrenzenden Gebiete aufzugreifen. Parallel plant die Gemeinde an anderer Stelle im Gemeindegebiet Wohnraum für alleinstehende Personen und ältere Personen durch die Errichtung eines Geschosswohnungsbaus zu schaffen und dort auch kostengünstigeren Wohnraum für Familien anzubieten.

Sobald der Flächennutzungsplan berichtigt ist, erfolgt eine entsprechende Mitteilung, damit das Raumordnungskataster aktualisiert werden kann.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 15 Stimmen für nein: 0

2.3 Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes München, Schreiben vom 28.10.2020

Sachverhalt:

Der Hinweis zur Niederschlagswasserbeseitigung ist in den Hinweisen korrekt dargestellt. Gemäß dem Baugrundgutachten soll in die Satzung mitaufgenommen werden, dass die Versickerung über Rigolen stattfinden kann.

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Der Hinweis 10.1 sowie die Begründung werden folgendermaßen ergänzt: „Die Entwässerung von befestigten Flächen innerhalb der Baugrundstücke und das über die Dachflächen anfallende Niederschlagswasser soll oberflächlich über die belebte Bodenzone (mind. 20 cm Oberboden) versickert werden. Wo dies nicht möglich ist, muss das Wasser, nach Vorreinigung (z. B. in einem Absetzschacht, Absetzteich, Bodenfilter) über eine Versickerungsanlage (z.B. Rigole, Sickerrohre) versickert werden. Die Versickerung des Niederschlagswassers hat auf dem eigenen Grundstück zu erfolgen. Im vorliegenden Planungsfall kann die Versickerung über Rigolen stattfinden, da der Boden nicht ausreichend durchlässig ist. [...]

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 15 Stimmen für nein: 0

Beschluss:

3. Billigung des Entwurfs des Bebauungsplans „Talfeld-Nord“ mit Begründung

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Der Bebauungsplan „Talfeld-Nord“ mit Begründung in der Fassung vom 19.12.2019, geändert am 08.12.2020, wird mit den vor stehenden Änderungen gebilligt.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 15 Stimmen für nein: 0

Beschluss:

4. Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Im Verfahren zum Bebauungsplan „Talfeld-Nord“ ist die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Gleichzeitig sind die Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen und um Abgabe einer Stellungnahme zu bitten.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 15 Stimmen für nein: 0

5. Straßenbauprogramm 2020 - 2024 - Beratung über die Projekte 2021

Beschluss:

Es Stand folgende Frage zur Abstimmung:

Für das Jahr 2021 wird vom Straßensanierungsprogramm dahin abgewichen, dass die Sanierung der Straße „Am Hirtenberg“ verschoben wird, bis feststeht, wie die Bebauung der [REDACTED] geplant ist. Stattdessen soll in Abhängigkeit der Verkehrszählung entschieden werden.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 1

6. **Erschließungsstraße gemäß Bebauungsplan "Talfeld-Nord": Entwurfsplanung der Erschließung, Ausschreibung und Vergabe der Leistungen nach VOB/A**

Beschluss:

Ausführungsplanung:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Die Baumaßnahme soll nach der Entwurfsplanung der SAK Ingenieurgesellschaft mbH vom 01.12.2020 ausgearbeitet und die Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen entsprechend erstellt werden.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 15 Stimmen für nein: 0

Beschluss:

Vergabe der Bauleistungen

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Die Bauleistungen zur Herstellung der Erschließungsstraße „Talfeld-Nord“ sollen sobald wie möglich von der Verwaltung ausgeschrieben werden mit dem Ziel, die Bauarbeiten im Frühjahr 2021 zu beginnen und durchzuführen. Nach Prüfung der Angebote und des Vergabevorschlags der SAK Ingenieurgesellschaft mbH soll nach VOB das wirtschaftlichste Angebot beauftragt werden.

Da die Kosten für die Herstellung der Straße zu 90% über die Erschließungsbeiträge abgerechnet werden, soll der Auftrag vergeben werden, wenn das Angebot die Kostenberechnung des Ingenieurbüros um nicht mehr als 10 % übersteigt.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 15 Stimmen für nein: 0

7. **Verkehrssituation Kleindingharting - Antrag vom 06.07.2019** [REDACTED] **erneute Beratung**

Beschluss:

Auf Antrag von GR-Brunsch stand folgende Frage zur Abstimmung:

Zur Drosselung der Geschwindigkeit am Ortseingang von Kleindingharting wird die Verwaltung beauftragt eine Planung, zu erstellen und die Kosten zu ermitteln für eine Asphaltwelle vor dem Anwesen Hauptstr. 11 in Kleindingharting. Danach ist die Sache dem Gemeinderat erneut vorzulegen.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 3 Stimmen für nein: 12

Beschluss:

Auf Antrag von GR-Zweckinger stand folgende Frage zur Abstimmung:

Zur Drosselung der Geschwindigkeit am Ortseingang in Kleindingharting werden vor dem Anwesen Hauptstr. 11 in Kleindingharting mobile Verkehrsinseln aufgestellt.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 5 Stimmen für nein: 10

Beschluss:

Auf Antrag von GR-Ritter stand folgende Frage zur Abstimmung:

Zur Drosselung der Geschwindigkeit werden auf der Hauptstraße in Kleindingharting in beiden Richtungen „Haifischzähne“ auf die Straße aufgezeichnet. Zusätzlich soll die „30“ durch eine rote Umrandung optisch verstärkt werden.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 13 Stimmen für nein: 2

8. Neuerlass der Satzung über die Benutzung der gemeindlichen Friedhöfe**Beschluss:**

Auf Antrag von GR-Dr. Geiger stand folgende Frage zur Abstimmung:

Die Friedhofsatzung wird in § 20 mit der Maßgabe erlassen, das für Doppelgräber eine Höhe von maximal 3,00 m zugelassen ist.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 7 Stimmen für nein: 8

Beschluss:

Es stand Folgende Frage zur Abstimmung:

Die Satzung über die Benutzung des Friedhofs und der Bestattungseinrichtungen (Friedhofssatzung – FS) wird in der Fassung der Anlage 1 zu diesem Protokoll neu erlassen.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 15 Stimmen für nein: 0

9. Abschluss eines Darlehensvertrages**Beschluss:**

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, einen Kreditvertrag in Höhe von 4.000.000 Euro gemäß dem vorliegenden Angebot der CC Gesellschaft für Geld- und Devisenhandel mbH aus Taufkirchen zu folgenden Konditionen zu schließen:

Kreditart:	endfälliges Darlehen
Auszahlung:	100 % zum 21.12.2020
Laufzeit:	12 Monaten
Zinssatz:	-0,30 %
Courtage:	0,01 % p.a.

Beim Abruf der Kreditmittel und somit der Festsetzung der Zinsen ist der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gem. Art. 61 Abs. 2 Satz 1 Gemeindeordnung zu beachten.

Anwesend: 15 Stimmen für ja: 15 Stimmen für nein: 0

10. Bekanntgaben des Vorsitzenden

Förderbeginn und damit Einstellung des neuen Klimaschutzmanagers frühestens zum 01.06.2020. Projektträger braucht bis zu 6 Monate für Genehmigung der Stelle.

Stand der Sanierung des Straßlacher Weihers – bisherige Kosten und welche Arbeiten nächstes Jahr noch anstehen

Sanierungsmaßnahme Feuerwehrhaus

Anfragen eines Bürgers – Beantwortung der Fragen.

Termine:

27.01.2021	18.00 Uhr	Bauausschuss	Bürgerhaus
27.01.2021	19.30 Uhr	Gemeinderatssitzung	Bürgerhaus

11. Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern

Anfragen wurden gestellt. Sofern diese nicht bereits in der Sitzung beantwortet worden sind, holt die Verwaltung die Beantwortung nach.

Der Vorsitzende schloss die öffentliche Sitzung um 20:28 Uhr.

Nach Beendigung der öffentlichen Sitzung bestand für die Bürger die Gelegenheit, Anfragen an die Verwaltung zu richten.

Vorsitzender
Hans Sienerth
1. Bürgermeister

Protokollführer
Silvia Glas